

# Glaube und Gemüt

## Religiös? Politisch? Oder beides? Thomas Schmidinger über Gemeinsamkeiten und Gegensätze schiitischer Gruppen und Parteien im Irak

Die Spaltung der Umma, der islamischen Gemeinschaft, in Sunna und Schia geht auf Nachfolgestreitigkeiten nach dem Tod Muhammads zurück. Während ein Teil der Gemeinde sich hinter Ali stellte, der aus der Familie Muhammads stammte und mit dessen Tochter Fatima verheiratet war, unterstützte ein anderer Teil den Schwiegervater Muhammads, Abu Bakr, der sich schließlich das Amt des Kalifen (»Nachfolger«) sichern konnte.

Enttäuschte Anhänger Alis, die es ihrem Vorbild nicht verzeihen konnten, dass er sich Abu Bakr unterordnete, verließen daraufhin die Gemeinde und bildeten fortan unter dem Namen Karigiiten (»die Ausgeschiedenen«) die erste Sekte des Islam. Als Abtrünnige verfolgt, konnten sich Nachkommen dieser Gruppe nur noch im Oman, auf der tunesischen Insel Djerba und in einigen Oasen der algerischen Sahara halten.

Die anderen Anhänger der Partei Alis (»Schiat Ali«) hielten weiter zu ihm, den sie als Imam, als Führer der Gläubigen verehrten und der schließlich auch zum vierten Kalifen gewählt wurde. Nach seiner Ermordung kam es jedoch erneut zum Konflikt zwischen den Anhängern Alis und den Unterstützern der alten mekkanischen Adelsfamilie der Umayyaden, die mit Uthman bereits den dritten Kalifen gestellt hatte. Mu'awiya schwang sich in Damaskus zum Kalifen und damit zum Begründer der Umayyaden-Dynastie auf.

Nach dem Tod Mu'awiyas, der von den Anhängern der Schiat Ali als Usurpator betrachtet wurde, lehnte sich der jüngere Sohn Alis, Hussein, gegen Mu'awiyas Nachfolger Yazid auf. Er wurde jedoch mit seinen Anhängern bei Kerbala von Yazids Truppen getötet. Dem Gedächtnis dieses Martyriums Husseins gilt heute das wichtigste religiöse Fest der Schiiten, Ashura, das mit Passionsspielen, Selbstgeißelungen und anderen Trauerbekundungen begangen wird.

## Sunna und Schia

Aus dieser Anhängerschaft Alis und Husseins entwickelte sich die Schia, die unterlegene und sich damit aber auch immer wieder als religiöse Richtung der Entrechteten und Unterdrückten verstehende Richtung des Islam, was der Schia im Irak immer wieder ein gewisses sozialrevolutionäres Potenzial gegenüber den sunnitischen Herrschern gab.

Religiös unterscheiden sich Sunna und Schia neben der zentralen Stellung des Martyriums Husseins durch die Gefolgschaft zum Imam, der als spiritueller Leiter der Gläubigen auch über besonderes Wissen verfügt, das bei einigen extremen Gruppen der Schia zu einer stark esoterischen Überfrachtung führt. Um die Frage der Anerkennung der Imame spaltete sich die Schia immer wieder in rivalisierende Strömungen auf.

Die Hauptrichtung der Schia, der auch die irakischen Schiiten angehören, ist jedoch die Imamiya oder Zwölfer-Schia, die in ihrer religiösen Praxis und Theologie gemeinsam mit der Zaidiya, dem sunnitischen Mainstream des Islam, am nächsten kommt. Die Zwölfer-Schiiten stellen gewissermaßen die orthodoxeste Richtung der Schia dar. Ihre Verehrung Alis und der Imame führt nicht zu deren Vergöttlichung. Die religiösen Pflichten entsprechen jenen der Sunna, die Gebete weichen nur in Details davon ab.

Die Zwölfer-Schia kennt eine Abfolge von zwölf Imamen, die mit Ali beginnt und mit Muhammad al-Mahdi endet. Dieser soll Sohn des letzten historisch bezeugten Imam al-Hassan al-Askari gewesen und als Kind »verschunden« sein. Der zwölfte Imam gilt seither nicht als verstorben, sondern lediglich als »abwesend«. Mit seiner Wiederkehr als Mahdi verbindet die Imamiya Endzeiterwartungen. Der Mahdi soll ein Paradies auf Erden errichten. Seine Herrschaft soll sieben oder 19 Jahre dauern, wovon jedes Jahr so lang wie zehn gewöhnliche Jahre sein soll.

Obwohl sich die Zwölfer-Schia in ihrer religiösen Praxis wenig von jener der Sunna unterscheidet, stand auch sie immer wieder im Verdacht der Häresie. Ihr Charakter als Religion der von sunnitischen Herrschern Unterdrückten enthielt immer auch einen Aspekt des Subversiven und der Bedrohung der Herrschaft. Zwar arrangierten sich auch schiitische Geistliche immer wieder mit sunnitischen Herrschern, allerdings blieb gerade in der Schia immer auch die Erinnerung an sozialrevolutionäre Aspekte des Islam erhalten.

Die Schia im Irak ist ein prototypisches Beispiel für die Charakterisierung der Religion durch Karl Marx, der in ihr nicht nur das »Opium des Volks« sah. Diesem Diktum geht folgende Charakterisierung voraus: »Das religiöse Elend ist in einem der Ausdruck des wirklichen Elendes und in einem die Protestation gegen das wirkliche Elend. Die Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur, das Gemüt einer herzlosen Welt, wie sie der Geist geistloser Zustände ist. Sie ist das Opium des Volks.« (1)

### **Kommunismus und Geistlichkeit**

Als dissidente islamische Strömung im sunnitisch beherrschten Osmanischen Reich, zu dem Mesopotamien seit dem frühen 16. Jahrhundert gehörte, war die Schia der osmanischen Provinzen Basra und Bagdad bis ins 19. Jahrhundert wenig zentralisiert. Zwar lagen mit den Gräbern der meisten schiitischen Imame und dem Ort des Martyriums Husseins bei Kerbala die wichtigsten schiitischen Wallfahrtsstätten im heutigen Irak. Allerdings spielte die Schia gegenüber der Sunna, der das osmanische Herrschergeschlecht angehörte, eine untergeordnete religionspolitische Rolle. Auch der Anteil der schiitischen Bevölkerung Mesopotamiens stieg erst in den letzten Jahrhunderten auf rund 60 Prozent der irakischen Bevölkerung an.

Erst in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts konnten die schiitischen Gelehrten im Irak wegen eines Generationswechsels der Gelehrten im Iran die religiöse Führung der Schia im Irak zentralisieren. Muhammad Hassan Najafi trat als erste universell anerkannte Führungspersönlichkeit der imamitischen Schia auf und konnte damit die geistliche Führung der Zwölfer-Schia in Najaf bündeln. Seither befindet sich mit dem marga al-taqlid (»Quelle der Nachahmung«) die zentrale Führungspersönlichkeit der imamitischen Schia im Irak.

Die schiitische Geistlichkeit mischte sich kaum ins politische Leben ein, sondern gehörte einer quietistischen Strömung an. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts ging sie davon aus, dass bis zur Wiederkehr des Mahdi kein idealer islamischer Staat möglich und es für die Geistlichkeit deshalb besser sei, sich direkter politischer Interventionen zu enthalten.

Die traditionelle Geistlichkeit fand deswegen keine Antworten auf die sozialen Probleme der politisch und ökonomisch benachteiligten Schiiten des Südens, die sich in der von sunnitischen Eliten regierten Monarchie des jungen irakischen Staates abzeichneten. Nicht zuletzt deshalb waren es gerade die traditionellen religiösen Städte der Schiiten, in denen sich die Irakische Kommunistische Partei und linksnationalistische Strömungen ausbreiten konnten. Insbesondere die starke KP wurde dabei von der jüngeren schiitischen Geistlichkeit

als Bedrohung wahrgenommen, stellten die Kommunisten aus ihrer Sicht doch die Speerspitze der Säkularisierung. Zugleich wurden die irakischen Schiiten von den sunnitischen Eliten des Landes mit dem irakischen Kommunismus identifiziert.

Die teilweise rivalisierenden Strömungen des frühen irakischen Kommunismus waren für jüngere Schiiten nicht zuletzt deshalb interessant, da die Mehrheit der schiitischen Bevölkerung im Südirak trotz der Existenz einer religiösen Elite zu den ärmeren Klassen zählte. Selbst in überwiegend schiitischen Städten waren sunnitische Familien unter der Klasse spätf feudaler Grundbesitzer stärker vertreten als schiitische. Dasselbe galt für die politischen Eliten der Stadt Basra. Auch hier stand eine überwiegend sunnitische Elite einer schiitischen Mehrheit in der Bevölkerung gegenüber. Und auch in anderen südirakischen Städten, mit Ausnahme der heiligen Städte der Schiiten, dominierten sunnitische Familien Politik und Ökonomie.

Ebenso deutlich zeigte sich die Dominanz sunnitischer Araber in der irakischen Armee. Während sich die niederen Ränge weitgehend aus Schiiten zusammensetzten, wurde das Offizierscorps von Sunniten dominiert. Der Gegensatz zwischen Sunniten und Schiiten war damit nicht nur ein religiöser, sondern überschritt sich weitgehend mit einem der Klassen.

In den dreißiger und vierziger Jahren kamen im sunnitischen Zentralirak, unterstützt von Haj Amin al-Husseini, dem Mufti von Jerusalem, auch Strömungen des sunnitischen Islamismus, insbesondere die Muslimbrüder und später die »Befreiungspartei« Hizb al-Tahrir ins Land. Unter den religiösen Schiiten des Irak konnten diese strikt sunnitischen Gruppierungen keine Anhänger finden, allerdings beeinflussten sie die jungen schiitischen Geistlichen ebenso wie die Kader der Kommunistischen Partei. Der direkte Einfluss der schiitischen Geistlichkeit beschränkte sich indes auf die heiligen Städte Najaf und Kerbala.

Mit der 1958 formal gegründeten al-Da'wa al-Islamiyya (»Die islamische Verkündigung«) sammelte sich eine Gruppe junger Geistlicher um den 1931 geborenen Muhammad Baqr al-Sadr in einer ersten schiitischen politischen Partei, die sich als antikommunistisch verstand und jungen Schiiten eine islamische Antwort auf den Atheismus der KP anbieten wollte. Muhammad Baqr al-Sadr schrieb im Laufe seines Lebens 22 Bücher zu religiösen und politischen Themen. Die politisch bedeutendsten stellten Falsafatuna (»Unsere Philosophie«, 1958) und Iqtisaduna (»Unsere Wirtschaft«, 1961) dar. Insbesondere in Iqtisaduna beschäftigte er sich mit einer Kritik am Marxismus und versuchte eine eigenständige islamische Wirtschaftstheorie zu entwerfen, die sich primär an marktwirtschaftlichen Elementen orientiert, diese jedoch islamisiert.

Der Dominanz der quietistischen Geistlichen konnte die anfangs noch kleine Partei nicht nur ihren Antikommunismus entgegensetzen. Vielmehr musste sie eine eigene Theorie von einem schiitisch-islamischen Staat entwerfen, der auch ohne die Wiederkehr des Mahdi als religiös legitimierter Staat funktionieren sollte. Während Baqr al-Sadr dabei ökonomisch auf eine islamische soziale Marktwirtschaft setzte, stellte die Leitung des Staates ohne den legitimen schiitischen Imam eine große intellektuelle Herausforderung für die Partei dar. Im Gegensatz zu Ayatollah Khomeini im Iran sieht das Staatskonzept Baqr al-Sadrs keine deistische Herrschaft der Rechtsgelehrten vor, sondern die Souveränität der Umma, der islamischen Gemeinde, die nur vom islamischen Gesetz eingeschränkt ist. Sadrs Konzeption zielt auf einen doktrinären Staat ab, dessen islamisches Gesetz (sharia) durch die Beratung (shura) der Umma interpretiert wird.

Die al-Da'wa al-Islamiyya hatte ihre Hochburg in den schiitischen heiligen Städten Najaf und Kerbala, aus denen auch die Parteigründer stammten. In ihrer Anfangsphase bezog sie sich weniger auf eine schiitische als allgemein auf eine islamische Identität, die dem Kampf gegen den Kommunismus dienen sollte. Der höchste schiitische Geistliche, Ayatullah Muhsin al-Hakim, erklärte: »Es ist nicht erlaubt, der kommunistischen Partei anzugehören; denn das ist Unglaube und Gottlosigkeit oder Förderung des Unglaubens und der Gottlosigkeit.« (2)

Obwohl der schiitische Islamismus die schiitischen Mitglieder der KP in Bedrängnis brachte und damit auch die Massaker der Ba'athisten nach dem ersten Putsch im Jahre 1963 religiös sanktionierte, konnte die Da'wa kaum von den Niederlagen der KP profitieren. Im Gegenteil, mit dem arabischen Nationalismus der Ba'ath-Partei wuchs ihr ein neuer Gegner heran, der anfänglich auch unter den Schiiten populär wurde.

### **Ba'athismus und Schiiten**

Da es sich nach dem ersten Ba'ath-Putsch herausgestellt hatte, dass unspezifischer Terror gegen alle Gegner die Opposition nur vereinte und die Herrschaft des Regimes gefährdete, suchte das zweite Ba'ath-Regime in Ayatollah Muhsin al-Hakim einen Verbündeten, mit dem sie sich im Antikommunismus vereint sahen. Schiitischen Quellen zufolge soll al-Hakim jedoch abgelehnt haben.

Politisch waren die Kommunisten und die Kurden dem Regime zu diesem Zeitpunkt noch weitaus gefährlicher als al-Da'wa und die schiitische Geistlichkeit. Trotzdem brachten die Kontakte der ba'athistischen Führungsspitze mit der schiitischen Geistlichkeit keine positiven Resultate. Zu groß scheinen das gegenseitige Misstrauen und der Unterschied der politischen Welten gewesen zu sein.

So kam es im Sommer 1969 zu ersten repressiven Schritten gegen religiöse Bildungseinrichtungen der irakischen Schiiten. Die eben erst gegründete schiitische Universität von Kufa wurde geschlossen. Iranische Studenten der traditionsreichen religiösen Schulen von Najaf und Kerbala wurden ausgewiesen. Für die verbliebenen irakischen Studenten wurde die Wehrpflicht eingeführt. Das Regime verbot die einzige noch zugelassene Zeitschrift der schiitischen Geistlichkeit, Risalat al-Islam (Briefe des Islam), und unterstellte die schiitischen heiligen Stätten in Najaf und Kerbala dem Ministerium für religiöse Stiftungen.

Dieser Akt gegen die Autonomie der schiitischen Geistlichkeit konnte nur als Angriff gewertet werden. Nachdem al-Hakims Forderung nach einer Rücknahme dieser Maßnahmen kein Gehör fand, rief er im Herbst 1969 zu einer Versammlung der wichtigsten schiitischen Geistlichen in Najaf auf. Bei dieser Versammlung soll der Sohn al-Hakims, Muhammad Mahdi al-Hakim, eine Resolution mit folgendem Inhalt verlesen haben: Die irakischen Gesetze sollen die Grundsätze des islamischen Rechts berücksichtigen; der Terror, die Verhaftungen und der aggressive Umgang der Regierung mit der Bevölkerung werden verurteilt; die heiligen schiitischen Stätten sind das Eigentum aller Muslime; die Regierung darf die Besucher nicht daran hindern, diese Stätten zu besuchen; die Städte Najaf, Kerbala, al-Kazimiya und Samarra sind Zentren der wissenschaftlichen religiösen Schulen und müssen für alle Studenten, ungeachtet ihrer Nationalität, offen bleiben. (3)

Al-Hakim reiste schließlich zur Unterstützung dieser Forderungen nach Bagdad. Seine dortigen Aktivitäten sollen das Regime zur Drohung veranlasst haben, seinen Sohn Muhammad Mahdi al-Hakim der Spionage anzuklagen. Sie wurde bald auch verwirklicht. Die

Anklage gegen Muhammad Mahdi al-Hakim, der sich durch Flucht seiner Verhaftung entziehen konnte, und seine angebliche Verwicklung in einen gescheiterten Putschversuch erhöhten die Spannungen zwischen dem Regime und der schiitischen Geistlichkeit weiter.

Der Tod al-Hakims im Jahr 1970 hinterließ ein politisches Vakuum in der Schia, das von jüngeren politischen Aktivisten der Da'wa wie Muhammad Baqr al-Sadr gefüllt wurde. Trotz einiger Erfolge gelang es Baqr al-Sadr jedoch nicht, die traditionelle religiöse Führung zu politisieren.

Die Repression des Regimes gegen die Da'wa verschärfte sich nach dem Tod al-Hakims, Verhaftungen und Hinrichtungen folgten. Ab 1975 verbot das Ba'ath-Regime die jährlichen Prozessionen in Najaf und Kerbala. Als die traditionellen Geistlichen, keine Parteiaktivisten der Da'wa, die Prozessionen 1977 trotz des Verbots durchführen wollten, wurden sie von der irakischen Polizei attackiert, was in schiitischen Massenprotesten, der so genannten Safar Intifada, mündete. 30 000 Schiiten wurden verhaftet. Die jährlichen Prozessionen konnten erst nach dem Sturz des Regimes wieder aufgenommen werden. Muhammad Baqr al-Hakim wurde 1979 nach seiner Freilassung zu einer der führenden Persönlichkeiten des schiitischen Widerstands gegen das Ba'ath-Regime.

Die islamische Revolution im Iran beflügelte 1979 einerseits den schiitischen Islamismus im Irak, erhöhte aber auch die panikartige Repression des Regimes. Al-Sadr wurde noch 1979 gemeinsam mit 4 000 bis 5 000 mutmaßlichen Da'wa-Aktivisten verhaftet. 200 bis 300 (angebliche) Parteimitglieder wurden ermordet. Die Repression verstärkte jedoch auch die Aktivitäten des schiitischen Widerstands. Aktive der Da'wa verübten Anschläge auf Saddam Hussein, die allerdings fehlschlagen. Die Partei hielt sich mit der Truppe Shahid al-Sadr einen bewaffneten Flügel.

Das Regime antwortete mit einem Gesetz, das seit dem 30. März 1980 schon die Mitgliedschaft in der Da'wa unter Todesstrafe stellte. Viele Schiiten wurden in der Folge als Da'wa-Mitglieder hingerichtet, auch solche, die nie Parteimitglieder waren. Allein im April 1980 sollen 96 Personen nach diesem Gesetz getötet worden sein. Die Partei selbst antwortete bereits am 1. April 1980 mit einem – ebenfalls fehlgeschlagenen – Attentat auf Tariq Aziz. Das Regime rächte sich für diesen Anschlag am 9. April 1980 mit der Hinrichtung Muhammad Baqr al-Sadrs und seiner Schwester Amina al-Sadr, einer Schriftstellerin und Gelehrten, die Lesekreise und Studienzirkel für Frauen organisiert hatte. Beide, insbesondere jedoch Muhammad Baqr al-Sadr, werden seither von ihren Anhängern als Märtyrer verehrt.

Muhammad Baqr al-Hakim flüchtete bald nach dem Angriff des Irak auf den Iran im September 1980 ins Nachbarland. Ihm folgten während des irakisch-iranischen Krieges rund 100 000 Landsleute, die sich teilweise auf iranischer Seite am Krieg beteiligten. Die Mehrheit der irakischen Schiiten hielt im Krieg jedoch trotz der Repression im Irak zu »ihrem« Staat. Grund dafür war nicht die Begeisterung für das Regime, sondern die Identifikation mit dem Irak als Staat. Genauso wenig wie die arabischsprachigen Iraner und Iranerinnen im Südwestiran für die großarabischen Pläne Saddam Husseins ließen sich die schiitischen Massen für die islamische Revolution im Iran begeistern. Die meisten gefallenen irakischen Soldaten waren Schiiten.

## **Iran und Irak**

Trotzdem bildete sich im iranischen Exil eine aktive Exilcommunity heraus, die keineswegs ausschließlich aus schiitischen Islamisten bestand. Auch Kommunisten und kurdische

Oppositionelle flüchteten in den Iran. Taktische Bündnisse mit dem Iran wurden nicht nur von islamistischen Gruppierungen, sondern auch von der PUK, einer der beiden großen kurdischen Parteien, eingegangen.

Als Resultat der Repression gegen die Da'wa und beflügelt von der islamischen Revolution im Iran, bildete sich im Laufe der achtziger Jahre eine Fülle von kleineren islamistischen Gruppen, die meist ihren Sitz im iranischen Exil hatten. Im November 1982 gründete sich aus dem Großteil dieser islamistischen Gruppierungen unter iranischer Aufsicht Der »Hohe Rat der islamischen Revolution im Irak (Sciri)«. Die Führung übernahm Muhammad Baqr al-Hakim.

Sciri verstand sich nicht als schiitische Partei, sondern als Dachverband aller islamischen Oppositionsgruppen im Irak. Dem 13köpfigen Leitungsgremium gehörten allerdings mit Muhammad Baqr al-Nasiri und (ab 1986) mit Muhammad al-Barzani nur ein bzw. zwei Sunniten an. Mit den Badr-Brigaden verfügte Sciri über einen eigenen militärischen Arm, der allerdings nur selten eingesetzt wurde. Anfänglich war auch die Da'wa in diesem Dachverband vertreten. Allerdings schied sie mit der Zentralisierung von Sciri wieder aus, da sie die eigenständige Parteiorganisation nicht aufgeben wollte und fürchtete, zu sehr vom Iran abhängig zu werden.

Die Da'wa vertritt seither den stärker auf die irakische Eigenständigkeit bedachten Flügel der politischen Schia im Irak, während sich Sciri stärker an den Iran anlehnte und dabei auch im wesentlichen das Staatskonzept Ayatollah Khomeinis übernahm. Die Differenzen mit der Da'wa spielten sich dabei nicht nur auf einer bündnispolitischen Ebene ab, sondern auch auf einer ideologischen. Während Muhammad Baqr al-Sadr in seinen Schriften immer wieder die Souveränität der Umma betonte, lag diese bei Ayatollah Khomeini bei Gott und die Interpretation des Willens Gottes bei den Rechtsgelehrten.

Bereits im Winter 1969/70 hatte Khomeini während seines Exils im Irak auf der theologischen Hochschule von Najaf Vorlesungen zu seiner Revolutions- und Staatstheorie gehalten, die auf Arabisch und auf Persisch erschienen. Dabei stand Khomeini vor einem ähnlichen Problem wie al-Sadr, nämlich eine schiitische Staatsform in Abwesenheit des verschwundenen Imam begründen zu wollen. Im Gegensatz zu al-Sadr entwickelte Khomeini ein theokratisch orientiertes Konzept der Herrschaft der religiösen Rechtsgelehrten. Die Gesetze seien von Gott erlassen, und es müsse eine Exekutive geben, die diese Gesetze ausführe. Diese Exekutive ist das Imam. Nach Muhammad und den zwölf Imamen übten nun die Rechtsgelehrten die Funktionen des Imamats aus, die die Durchführung der Gesetze bis zum Wiedererscheinen des Mahdi gewährleisten.

Wie für sunnitische Islamisten umfasst für Khomeini der Islam alle Lebensbereiche. Zu den Aufgaben des islamischen Staates zählen für ihn die Erhebung des Fünften, die Almosensteuer, die Kopfsteuer für Dhimmis (Angehörige nicht islamischer Buchreligionen wie Juden und Christen) und die Bodensteuer (harag). Zu den Charakteristika einer islamischen Regierung zählen für ihn auch der Jihad, das Talionsrecht (4) und die koranischen Körperstrafen wie die Amputation von Händen und Füßen, das Auspeitschen oder die Steinigung.

Khomeinis wichtigste theoretischen Schriften entstanden vor der islamischen Revolution und beschäftigten sich deshalb mehr mit Religion und der Ergreifung der Macht als mit konkreten Problemen eines islamischen Staates. Er deutete den Jihad als offensive Waffe gegen die Herrschenden und verurteilte zugleich das in der schiitischen Tradition verankerte Prinzip der

taqiya (»Vorsicht«), das es erlaubte, sich in Zeiten der Gefahr nicht als Anhänger der Schia zu erkennen zu geben. Er erklärte die taqiya für verboten.

Aus dem Konzept der Herrschaft der Rechtsgelehrten leitete Khomeini erst nach der Revolution das Konzept einer islamischen Republik ab, in der zwar ein Parlament und der Staatspräsident demokratisch gewählt werden, ihre Entscheidungen aber unter der Kontrolle der religiösen Gelehrten stehen. In der Realität hatte der Iran seit der islamischen Revolution immer einen größeren pluralistischen Spielraum als die meisten arabischen Staaten, allerdings war dies vom Wächterrat abhängig, dem Gremium der religiösen Rechtsgelehrten.

### **Der Sturz des Ba'ath-Regimes**

Seit dem Ende des irakisch-iranischen Krieges, des zweiten Golfkriegs und der blutigen Niederschlagung der Aufstände im Südirak 1991 durch das Ba'ath-Regime rückte die schiitische Opposition mit der säkularen und kurdischen Opposition zusammen. Einerseits hatte sich die Hoffnung auf eine Ausdehnung der islamischen Opposition auf den Irak als Fehleinschätzung erwiesen, andererseits hatte sich seit 1991 im kurdischen Nordirak unter dem Schutz der USA eine Enklave eines befreiten Irak gebildet, die auch der irakischen Opposition prekäre Sicherheit bot.

Selbst Funktionäre von Sciri und Da'wa fanden im Nordirak ein vorläufiges Refugium. Beide wurden anfangs auch Mitglieder des neu gegründeten Dachverbands der irakischen Opposition, dem Irakischen Nationalkongresses (INC), schieden jedoch bald wieder aus. Für Sciri und Da'wa hatte sich die INC-Führung um Ahmed Chalabi zu sehr an die USA und die CIA angelehnt. Zu einer offenen Allianz mit den USA konnten sich auch gemäßigte Islamisten nicht durchringen. Allerdings verabschiedeten sich beide Parteien zumindest verbal vom Ziel, einen islamischen Gottesstaat zu errichten, und präsentierten sich als demokratische, aber weiterhin religiöse Opposition. Dies fand auch in der Umbenennung von Sciri zum »Supreme Council of the Islamic Resistance in Iraq« seinen Ausdruck. In der englischen Version wurde so das R der Revolution durch ein R für Resistance (Widerstand) ersetzt, in der arabischen blieb jedoch der Begriff »Revolution« (thawra) bestehen.

Erst als im Lauf des Jahres 2002 klar wurde, dass die US-Administration diesmal tatsächlich gewillt war, das Ba'ath-Regime zu stürzen, beteiligten sich auch Sciri und Da'wa an den Debatten der irakischen Oppositionsparteien zur Gestaltung eines Irak nach Saddam Hussein. Sciri nahm dabei wie die meisten anderen Oppositionsparteien an den Konferenzen der irakischen Opposition in London und Salahaddin im Nordirak teil und bekannte sich gemeinsam mit den kurdischen Parteien, dem INC, der Assyrischen Demokratischen Bewegung, der Turkmenischen Volksfront und einer Reihe kleinerer liberaler, demokratischer und gemäßigt-nationalistischer Gruppierungen zu einem demokratischen und föderalistischen Irak mit einem modernen Mehrparteiensystem.

Die Da'wa hielt sich hingegen genauso wie die Kommunistische Partei offiziell von den Konferenzen fern, da sie nicht an einer Konferenz teilnehmen wollte, die teilweise mit US-Geldern finanziert worden war, sich nicht für einen Krieg aussprechen wollte und für eine größere Unabhängigkeit der Opposition gegenüber den USA eintrat. Inoffiziell waren jedoch auch Vertreter dieser Parteien an den Konferenzen beteiligt und konnten ihre Vorstellungen in die Planungen der Opposition einbringen. Dabei bekannte sich auch die Da'wa zu den Grundsätzen, im Irak ein demokratisches Mehrparteiensystem zu errichten. Während der Invasion der britisch-amerikanischen Allianz im Irak riefen beide Parteien ihre

Anhängerschaft zur Neutralität auf. Sie sollten weder die Truppen Saddam Husseins noch jene der Angreifer unterstützen.

Die US-Militärverwaltung setzte nach der Eroberung Bagdads am 9. April 2003 jedoch nicht, wie von der Opposition in Salahaddin beschlossen, eine Übergangsregierung mit den sieben wichtigsten Parteien ein, sondern entschied sich für einen Übergangsrat mit weit mehr Parteien und gesellschaftlichen Gruppen. Auch Sciri und Da'wa waren bereit, im Übergangsrat mitzuarbeiten.

In der schiitischen Opposition verweigerte sich nur eine kleine Gruppe um Muqtada al-Sadr der Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht. Al-Sadr organisierte während der Eroberung Bagdads eine kleine politische Bewegung in den schiitischen Armenvierteln der Hauptstadt und in einigen Städten im Südirak. Er konnte durch die Übernahme von Sicherheitsaufgaben und die Verteilung von Lebensmitteln trotz seines geringen Alters Anhänger unter der verarmten schiitischen Jugend gewinnen. Vor allem aber profitierte er von seinem prominenten Namen und seiner Verwandtschaft mit Muhammad Baqr al-Sadr, der seit seiner Hinrichtung, 23 Jahre vor dem Sturz Saddam Husseins, von großen Teilen der schiitischen Bevölkerung als Märtyrer verehrt wird.

Muhammad Baqr al-Sadr, nach dem die schiitischen Armenviertel Bagdads, die einst »Saddam-City« hießen, in Sadr-City umbenannt wurden, war der Cousin von dessen Vater, Muhammad Sadiq al-Sadr. Dieser war selbst ein angesehener Gelehrter, der vom Regime aus dem Weg geräumt wurde. Die Ermordung Muhammad Sadiq al-Sadrs, eines Vorbeters in der Moschee Imam Ali in Kerbala, soll auf direkte Anweisung Uday Saddams geschehen sein. Dabei wurden auch zwei seiner Söhne, also die Brüder Muqtada al-Sadrs, getötet.

Muqtada al-Sadr gelang es innerhalb weniger Tage, eine populistische radikalislamistische Protestbewegung aufzubauen, die unter dem Namen Gama'at al-Sadr al-Thani (Gemeinschaft des zweiten al-Sadr) bekannt wurde. Er verweigerte von Anfang an jede Zusammenarbeit mit den Besatzern und dem irakischen Regierungsrat. Mit seinen Schlägertruppen konnte er zwar Plünderungen in einigen Stadtteilen verhindern, begann aber schon rasch, all jene zu terrorisieren, die sich seinen Anordnungen nicht fügten. So ging seine »Armee des Mahdi« ebenso gegen unverschleierte oder feministische Frauen vor, wie sie auch Geschäftsinhaber verprügelte, die es wagten, Alkohol zu verkaufen.

Al-Sadr stellte sich mit seiner Bewegung jedoch auch bewusst gegen Sciri und Da'wa, die er wegen ihrer Beteiligung am Regierungsrat für Verräter hält, sowie gegen die traditionelle religiöse Führung der irakischen Schiiten unter Ayatollah Sistani. Am 13. April 2003 belagerte er mit seinen Anhängern und Anhängerinnen die religiöse Schule von Najaf, um Sistani zu stürzen. Zudem wird er verdächtigt, für die Ermordung des wichtigen quietistischen schiitischen Gelehrten Abd al-Majid al-Khu'i am 10. April 2003 in der Moschee Imam Ali in Kerbala verantwortlich zu sein.

Ideologisch versucht er, einen populistischen, antiwestlichen, schiitischen Islamismus zu etablieren, der ebenso antisemitisch wie antiiranisch und antidemokratisch ist. Die terroristischen Aktivitäten sunnitischer Radikalisten aus der Umgebung al-Qaidas und der Ansar al-Islam oder der Überreste der Ba'ath-Partei lehnt Al-Sadr jedoch ab. Vielmehr setzt seine Bewegung auf Massenmilitanz. So gefährlich die Anhängerschaft al-Sadrs auch ist, so darf nicht übersehen werden, dass es sich dabei trotz einiger tausend Anhänger nur um eine kleine Minderheit in der schiitischen Bevölkerung des Irak handelt. Die Mehrheit sieht sich eher von Sciri und Da'wa sowie von liberalen und linken Gruppierungen repräsentiert.

Allerdings zeigte sich das Gefahrenpotenzial der Anhänger al-Sadrs, als sie Anfang April putschartig die Kontrolle über einige Städte im Südirak und über Sadr-City in Bagdad übernehmen wollten. Der Aufstand erzielte jedoch nicht die erhoffte Breitenwirkung, sondern brach in den meisten Städten innerhalb weniger Tage zusammen. Lediglich in der Moschee Imam Ali in Najaf, in der sich al-Sadr mit seinen Schlägertruppen verschanzte, konnte er sich noch einige Zeit halten. Schließlich schloss er einen Waffenstillstand mit den Besatzungstruppen und erklärte sich bereit, die Übergangsregierung so lange zu akzeptieren, wie sie auf den Abzug der Besatzungstruppen hinarbeite.

Allein, diese Akzeptanz dauerte nicht lange. Bereits Anfang August kam es erneut zum Aufstand der Mahdi-Miliz, der erst nach Wochen blutiger Kämpfe Ende August durch einen von Ayatollah Sistani vermittelten Waffenstillstand beendet wurde. Damit ist Sistani der wichtigste Coup seit dem Sturz Saddam Husseins gelungen. Die erfolgreichen Vermittlungsbemühungen dürften nicht nur Sistani, sondern auch der traditionellen schiitischen Geistlichkeit einen deutlichen Machtzuwachs bringen.

Nach dem Waffenstillstand mussten nicht nur die Kämpfer al-Sadrs, sondern auch die Truppen der USA Najaf verlassen. Sistanis Intervention konnte die Lage im Südirak zumindest vorübergehend stabilisieren, der Ayatollah bekennt sich weiterhin zu einem demokratischen System. Doch seine gesellschaftspolitischen Vorstellungen sind konservativ-islamisch. Sistani verbietet unter anderem die Selbstbefriedigung, das Schachspiel sowie Freundschaften zwischen Männern und Frauen.

Der Machtkampf zwischen den schiitischen Gruppen ist damit noch nicht beendet. Al-Sadr und seine Kämpfer haben ihre Waffen nicht abgegeben und müssen keine Strafverfolgung fürchten. Der Waffenstillstand ist möglicherweise, wie der letzte im April, nur eine Feuerpause.

Im Gegensatz zu al-Sadr haben Sciri und Da'wa bisher innerhalb des Regierungsrates und der seit Juni 2004 amtierenden Regierung versucht, ihre politischen Vorstellungen zu formulieren. Dass sie trotz aller Differenzen mit Kommunisten oder Liberalen zusammensitzen und Kompromisse überhaupt denkbar sind, ist angesichts der autoritären Regime, die den Irak umgeben, ein beachtlicher Fortschritt. Selbstverständlich wollen sie dabei weiterhin ihre Ziele eines politisch verstandenen Islam durchsetzen, aber eben nicht durch Terror, sondern am Verhandlungstisch.

Unter den islamistischen Schiiten scheint sich damit eine ähnliche Entwicklung abzuzeichnen, wie sie sich schon bei sunnitischen Islamisten in der Türkei oder in Algerien gezeigt hat. Ein Teil des Spektrums scheint zur Integration in ein demokratisches Mehrparteiensystem bereit zu sein, während eine fanatische Minderheit auf terroristische Methoden setzt. Als Netzwerk kleiner klandestiner Gruppen brauchen die Jihadisten auch keine Rücksicht mehr auf die Bevölkerung zu nehmen, was sie militärisch gefährlicher macht, jedoch zugleich in eine immer größere politische Isolation treibt.

Im Irak wird auch die Integration der gemäßigten Islamisten von Da'wa und Sciri nicht ohne Probleme ablaufen. Schließlich dauerte es auch in Europa Jahrzehnte, den politischen Katholizismus in eine parlamentarische Demokratie zu integrieren. Bis heute ist in Europa das Verhältnis zwischen (säkularem) Staat und christlicher Religion ein prekäres. Ließen sich aber große Teile des politischen Islam im Irak in ein demokratisches System integrieren, könnte das als Fortschritt gewertet werden, der auch auf den politischen Islam in anderen Staaten des Nahen Ostens seine Auswirkungen haben wird.

## **Anmerkungen**

(1) Karl Marx: Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung, S. 3. Digitale Bibliothek Band 11: Marx/Engels: 542 (vgl. MEW Bd. 1, S. 378)

(2) Zit. nach Ibrahim, Ferhad: Konfessionalismus und Politik in der arabischen Welt. Die Schiiten im Irak. Münster 1997: 198.

(3) Ebenda: 261.

(4) »Vergeltungsrecht«: Im islamischen Strafrecht ist es weniger der Staat, der bestraft, als die Familie oder Sippe des Geschädigten bzw. Getöteten. So kann die Familie eines Getöteten entweder auf eine Vermittlung hin Blutgeld akzeptieren oder selbst die Tötung des Täters vornehmen und sich damit Genugtuung verschaffen.

(5) Seine Anhänger behaupten, er sei 35, seine Gegner schätzen ihn unter 30. Das genaue Geburtsdatum ist nicht bekannt.

*Redaktionell gekürzter und bearbeiteter Vorabdruck aus: Mary Kreutzer, Thomas Schmidinger (Hg.): Irak. Von der Republik der Angst zur bürgerlichen Demokratie? Ça Ira, Freiburg 2004. 300 Seiten, 19 Euro. Das Buch erscheint dieser Tage.*

Jungle World, Nummer 50 vom 01. Dezember 2004